

Bonn, 01. März 2024

Resolution der dbb frauen gegen Rechtsextremismus und für die Verteidigung von Frauenrechten

1. „Nie wieder ist jetzt.“ Wir alle tragen Verantwortung dafür, dass die deutsche Geschichte sich nicht wiederholt.
2. Angesichts der besorgniserregenden Entwicklungen in Deutschland verabschieden die dbb frauen eine Resolution, die sich klar und eindeutig gegen Rechtsextremismus richtet und für die Verteidigung von Frauenrechten stark macht.
3. Die dbb frauen verurteilen jegliche Formen von Rechtsextremismus, Frauen- und Menschenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus sowie jede Ideologie, die Frauenrechte in Frage stellen, die Gleichberechtigung der Geschlechter in Frage stellen oder Geschlechterstereotype fördern. Diese Ideologien stehen im Widerspruch zu den Grundwerten unserer demokratischen Gesellschaft.
4. Die dbb frauen rufen dazu auf, sich entschieden für die Bekämpfung rechtsextremistischer Tendenzen und Ideologien einzusetzen. Gemeinsam müssen wir eine solidarische und demokratische Gesellschaft fördern.
5. Wir Frauen im öffentlichen Dienst, unabhängig davon, ob wir Beamtinnen oder Tarifbeschäftigte sind, stehen fest auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Deshalb rufen wir dazu auf, sich mit uns denen entgegenzustellen, die diese Grundlage unseres Zusammenlebens angreifen.
6. Die dbb frauen stellen heraus, dass die Verteidigung unserer Demokratie unmittelbar mit der Verteidigung von Frauenrechten verbunden ist. Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der Frauen uneingeschränkten Zugang zu Bildung, Selbstbestimmung, Arbeitsmöglichkeiten und politischer Teilhabe haben.
7. Die dbb frauen fordern dazu auf, aktiv gegen jede Form von Gewalt gegen Frauen vorzugehen. Maßnahmen zur Prävention und Unterstützung von Betroffenen müssen gestärkt werden.
8. Die dbb frauen appellieren an alle, insbesondere an die Mitglieder des dbb, ihre gemeinsamen Anstrengungen zu verstärken, um die Grundwerte unserer Demokratie zu schützen und Frauenrechte zu verteidigen. Nur durch Solidarität und entschiedenes Handeln von Politik und Zivilgesellschaft können wir eine freie, gerechte und inklusive demokratische Gesellschaft bewahren und stärken.